



Wöchentliche Steuernachrichten (Tax-News) 25. März 2024*

Ergebnisse des Europäischen Rates vom 21. und 22. März

Die Staats- und Regierungschefs der EU trafen sich am Donnerstag, 21. März, und Freitag, 22. März, in Brüssel. Am ersten Tag des Gipfels nahmen die Staats- und Regierungschefs der EU Schlussfolgerungen zur Ukraine, zu Sicherheit und Verteidigung, zum Nahen Osten, zur Erweiterung und zu Reformen, zur Migration, zur Abwehrbereitschaft und Krisenreaktion sowie zum Europäischen Semester an. In den Schlussfolgerungen wird die Entschlossenheit der EU bekräftigt, der Ukraine und ihrer Bevölkerung weiterhin alle notwendige politische, finanzielle, wirtschaftliche, humanitäre, militärische und diplomatische Unterstützung zukommen zu lassen, solange dies erforderlich ist. In den Schlussfolgerungen wird ferner betont, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten die Bereitstellung der gesamten erforderlichen militärischen Hilfe, einschließlich der Beschaffung von Munition für die Ukraine, beschleunigen und intensivieren sollten. Was den Nahen Osten betrifft, so brachten die Staats- und Regierungschefs der EU ihre tiefe Besorgnis über die katastrophale humanitäre Lage im Gazastreifen zum Ausdruck. Sie forderten eine sofortige humanitäre Pause, die zu einem dauerhaften Waffenstillstand, der bedingungslosen Freilassung aller Geiseln und der Bereitstellung humanitärer Hilfe führt, und forderten die israelische Regierung auf, von einer Bodenoperation in Rafah abzusehen, wo über eine Million Palästinenser Schutz suchen. Schließlich gaben sie grünes Licht für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Bosnien und Herzegowina. Am zweiten Tag erörterten die Staats- und Regierungschefs die Außenbeziehungen und die Landwirtschaft.

Die EU-Kommission bereitet Reformen und Überprüfungen von Politikbereichen vor: Übergang von Einstimmigkeit zu qualifizierter Mehrheit in Steuerfragen diskutiert

Die Europäische Kommission hat in einer am Mittwoch, den 20. März, veröffentlichten Mitteilung über Reformen im Vorfeld der Erweiterung und die Überprüfung der Politik die Möglichkeit des Übergangs von der Einstimmigkeit zur qualifizierten Mehrheit in Steuer- und anderen Angelegenheiten angesprochen. Da Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Moldawien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, die Türkei und die Ukraine den Status von EU-Beitrittskandidaten haben, untersucht die Mitteilung die Auswirkungen einer größeren EU in vier Hauptbereichen: Werte, Politik, Haushalt und Governance. "Fragen zur Handlungsfähigkeit der EU bestehen bereits in einer Union mit 27 Mitgliedstaaten. Dies betrifft insbesondere die Einstimmigkeitsregeln im Rat. Während die meisten Beschlüsse im Rat mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden, ist in einigen Bereichen Einstimmigkeit im Rat erforderlich, wie z. B. in der Steuer- und Außenpolitik sowie in bestimmten sozialen Fragen. In einer größeren Union wird es noch schwieriger sein, Einstimmigkeit zu erzielen, und es

besteht ein erhöhtes Risiko, dass Entscheidungen von einem einzelnen Mitgliedstaat blockiert werden", schreibt die Europäische Kommission. In der Mitteilung wird daran erinnert, dass die EU-Verträge bereits so genannte "Passerelle-Klauseln" vorsehen, die in Schlüsselbereichen einen Übergang von der Einstimmigkeit zur qualifizierten Mehrheit im Rat ermöglichen, die durch einen einstimmigen Beschluss des Rates der Europäischen Union oder des Europäischen Rates aktiviert werden muss. Die Europäische Kommission ist sich des Widerstands einiger Mitgliedstaaten bewusst, die befürchten, in Angelegenheiten von wesentlichem strategischem nationalem Interesse isoliert zu werden, und erklärte, dass ein möglicher Weg darin bestehen könnte, die Aktivierung der "Passerelle-Klauseln" mit geeigneten Schutzmaßnahmen zu kombinieren, wie z. B. Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, die einem oder mehreren Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben, sich auf außergewöhnliche Gründe des nationalen Interesses zu berufen, um die Diskussionen fortzusetzen und eine zufriedenstellende Lösung zu finden, oder den Europäischen Rat anzurufen, um über die Angelegenheit zu beraten. Die Kommission sagte, dass sie die Überprüfungen der Politik vor der Erweiterung Anfang 2025 durchführen und substantielle Reformvorschläge in einzelnen Sektoren machen wird.

Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen der EU-Kommission veröffentlicht Kurzdossier zu den Herausforderungen und möglichen Lösungen im Zusammenhang mit der wiederkehrenden Besteuerung von Grundbesitz

Die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission veröffentlichte am Mittwoch, den 20. März, ein wirtschaftliches Kurzdossier, das sich mit den Herausforderungen und möglichen Lösungen im Zusammenhang mit der wiederkehrenden Besteuerung von Grundbesitz und Arbeit in Zeiten hoher Inflation befasst. Wiederkehrende Grundsteuern gehören zu den Steuern, die dem Wachstum am wenigsten schaden, so die Autoren. Wenn sie auf Grundstückswerten beruhen, ist eine regelmäßige Aktualisierung der Steuerbemessungsgrundlage erforderlich, um ihr Einnahmepotenzial und ihre wirtschaftliche Effizienz sowie die Gleichbehandlung der Steuerzahler zu erhalten. Gleichzeitig könnte die Aktualisierung der Immobilienwerte bei hoher Inflation zu plötzlichen und starken Aufwärtskorrekturen der Steuerschuld führen, was den Widerstand gegen Reformen, die auf eine Verlagerung der Besteuerung auf das unbewegliche Vermögen abzielen, verstärken könnte. Nach Ansicht der Autoren können Praktiken, die darauf abzielen, die Häufigkeit der Aktualisierung von Immobilienwerten zu erhöhen und die Kosten dafür zu senken, sowie zeitlich begrenzte Steuererleichterungen bei den Immobiliensteuern dazu beitragen, diesen erhöhten Widerstand zu überwinden. Der Widerstand kann auch mit Liquiditätsproblemen der nicht unbedeutenden Zahl von Steuerpflichtigen zusammenhängen, die Immobilien besitzen, aber über ein relativ geringes Einkommen verfügen. In diesen Fällen könnte der Widerstand durch die Möglichkeit von Steuerstundungen oder durch gezielte und bedürftigkeitsabhängige Steuererleichterungen für Haushalte mit geringem Einkommen überwunden werden, heißt es in dem Papier. Die Gestaltung der Arbeitsbesteuerung für Geringverdiener ist ebenfalls wichtig, um integratives Wachstum zu unterstützen, da Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen empfindlicher auf Arbeitsanreize an der extensiven Marge (d. h. die Entscheidung zu arbeiten oder nicht) reagieren, so die Autoren.

Kurzdossier von Pascal Saint-Amans (ehemaliger Direktor CTPA): Analyse des überarbeiteten Pakets der neuen Eigenmittelvorschläge für den EU-Haushalt 2023

In einem am Donnerstag, den 21. März, veröffentlichten Kurzdossier untersuchte Pascal Saint-Amans, ehemaliger Direktor des Centre for Tax Policy and Administration (CTPA) der OECD und Non-Resident Fellow bei der Denkfabrik Bruegel, das überarbeitete Paket der neuen Eigenmittelvorschläge für den EU-Haushalt 2023 und schlug neue Ideen vor, darunter die Prüfung von Steuern an den Außengrenzen. "Ein Nichtvorankommen würde die Fähigkeit der EU gefährden, ihre bestehenden Projekte weiter zu finanzieren, insbesondere in einer Zeit, in der Zinserhöhungen die Rückzahlung von Kapital und Zinsen erschweren werden", schrieb Saint-Amans. Seiner Ansicht nach ist das überarbeitete Paket für 2023 "pragmatisch und geht in die richtige Richtung, aber nicht weit genug". Saint-Amans begrüßte insbesondere die Tatsache, dass die Kommission nicht auf die Idee einer europäischen Steuer auf digitale Dienstleistungen (DST) als Ersatz für das OECD-Abkommen zurückgegangen ist. Abgesehen von der dringenden Notwendigkeit, sich auf dieses Paket zu einigen, sollte sich die Debatte über die Eigenmittel seiner Meinung nach darauf konzentrieren, ob die EU in der Lage sein wird, echte Eigenmittel auf der Grundlage einer gemeinsamen Steuerpolitik aufzubauen. In dieser Hinsicht hätte die 15-prozentige globale Mindeststeuer eine Gelegenheit bieten können, einige Ressourcen auf EU-Ebene als echte Eigenmittel zu vergemeinschaften, sagte er. Während die Aussicht auf neue Eigenmittel aus harmonisierten Steuern aufgrund des Einstimmigkeitserfordernisses bei Steuerentscheidungen unwahrscheinlich bleibt, empfahl er zu prüfen, wie andere steuerliche Außengrenzen der EU einen Weg zu echten neuen Eigenmitteln darstellen könnten. Im Bereich der Einkommenssteuer könnte beispielsweise die Einführung einer gemeinsamen Wegzugsbesteuerung für in EU-Ländern ansässige Personen, die ins Ausland abwandern, um die Zahlung von Kapitalertragssteuern zu vermeiden, dem Schutz der Steuerbemessungsgrundlagen der EU-Länder und der Entwicklung einer neuen Eigenmittelquelle dienen, sagte er. Dies könnte auch im Bereich der Vermögensbesteuerung oder der Erbschaftssteuern in Betracht gezogen werden. Anstatt die Steuern zu harmonisieren, was sich als schwierig erweist, könnte die Konzentration auf den Schutz der Einnahmen der EU-Mitglieder durch gemeinsame Grenzen ein gewisses Potenzial freisetzen, schloss Saint-Amans.

Neues OECD-Arbeitspapier: Ausgestaltung von präsumptiven Steuerregelungen in ausgewählten Ländern

Am Dienstag, den 19. März, veröffentlichte die OECD ein neues Arbeitspapier, das Informationen über die präsumptiven Steuersysteme in einer Auswahl von OECD- und Nicht-OECD-Ländern (Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Costa Rica, Frankreich, Ungarn, Italien, Mexiko, Südafrika, Tunesien, Uruguay) zusammenstellt. Präsumptive Steuerregelungen (auch bekannt als vereinfachte Steuerregelungen) zielen darauf ab, die Einhaltung der Steuervorschriften und die Formalisierung von Unternehmen zu fördern, indem die Kosten für die Einhaltung der Steuervorschriften gesenkt und niedrigere Steuersätze als im normalen Steuersystem erhoben werden. Diese Regelungen zielen in der Regel auf Kleinst- und Kleinunternehmen ab und erheben die Steuer auf einer angenommenen Bemessungsgrundlage, die das steuerpflichtige Einkommen auf indirektem Wege annähern soll. Sie können besonders dann von Bedeutung sein, wenn das tatsächliche steuerpflichtige Einkommen nur schwer oder mit hohem Aufwand genau zu ermitteln ist. In dem Papier werden gemeinsame Praktiken in den untersuchten Ländern aufgezeigt und zahlreiche Beispiele für bewährte Praktiken in diesen Systemen angeführt. Das Papier hebt auch die wichtigsten Herausforderungen hervor, die im

Allgemeines in den untersuchten präsidentiven Steuerregelungen zu beobachten sind und die die Rolle dieser Regelungen bei der Förderung der Formalisierung von Unternehmen und der Verbesserung der Steuerehrlichkeit im Laufe der Zeit untergraben könnten. Die optimale Gestaltung und Verwaltung eines präsidentiven Steuersystems erfordert eine regelmäßige und evidenzbasierte Bewertung, um die Kohärenz des Systems zu überprüfen und festzustellen, ob seine Ziele erreicht wurden, so die Autoren. Die OECD kommt zu dem Schluss, dass präsidentive Steuerregelungen die Aufmerksamkeit von Steuerpolitikern und Steuerverwaltungen erfordern.

David Bradbury tritt als stellvertretender Direktor des OECD-Zentrums für Steuerpolitik und Verwaltung (CTPA) zurück

Der stellvertretende Direktor des OECD-Zentrums für Steuerpolitik und -verwaltung (CTPA), David Bradbury, gab am Montag, den 18. März, in einem LinkedIn-Post bekannt, dass er seine Position nach fast zehn Jahren innerhalb der Organisation aus persönlichen Gründen aufgibt und nach Australien zurückkehrt. Herr Bradbury wurde im April 2023 zum stellvertretenden Direktor des CTPA ernannt, als Manal Corwin Direktorin des CTPA wurde. Bradbury spielte eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung des OECD/G20-BEPS-Projekts im Jahr 2015, des entscheidenden Zwischenberichts der Task Force zur digitalen Wirtschaft von 2018 und des bahnbrechenden internationalen Steuerabkommens von 2021, dem mehr als 140 Länder zugestimmt haben und das zur Einführung der globalen Mindeststeuer führte, die am 1. Januar 2024 in Kraft trat. "In den nächsten drei Monaten werde ich meinen Dienst in der OECD fortsetzen. Darüber hinaus reizt mich die Aussicht auf neue Herausforderungen, und ich gehe mit offenem Geist und dem Wunsch, einen Beitrag zu leisten, an die nächsten Schritte in meiner Karriere heran", schrieb David Bradbury.

ETAF veröffentlicht Jahresbericht 2023

Die European Tax Adviser Federation (ETAF) hat am Montag, den 18. März, ihren Jahresbericht veröffentlicht, in dem sie ihre wichtigsten Aktivitäten im Jahr 2023 vorstellt. In dieser Ausgabe legen wir den Schwerpunkt auf unsere Arbeit am Anti-Geldwäsche-Paket, der Rationalisierung der EU-Steuerberichtsansforderungen, dem Paket "Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter", DAC8, dem Vorschlag für ein Head Office Tax System für KMU (HOT), dem Business in Europe: Rahmen für die Besteuerung (BEFIT), der neue Vorschlag für eine schnellere und sicherere Entlastung von überhöhten Quellensteuern (FASTER) und der Vorschlag für die Verrechnungspreisrichtlinie. 2023 war ebenfalls ein ereignisreiches Jahr mit zwei ETAF-Konferenzen, unserer Teilnahme am EU-Steuersymposium und den Jahreskonferenzen der EU-Steuerbeobachtungsstelle, den Kongressen unserer Mitglieder sowie mehreren Treffen mit Steuerbeamten und Interessenvertretern. "Mit Blick auf das Jahr 2024, ein entscheidendes Jahr, das von den EU-Wahlen geprägt ist, wird sich die ETAF weiterhin für ausgewogene und faire Steuervorschriften einsetzen, die Modernisierung des internationalen Steuersystems unterstützen und sich für starke, unabhängige und regulierte Steuerberufe in ganz Europa einsetzen", sagte ETAF-Präsident Philippe Arraou im Vorwort.

Anmeldung möglich: ETAF-Konferenz am 17. April 2024



17 April 2024 ETAF Conference

Towards a simpler, rationalised and future-proof EU tax system

13:00 - 16:00 CET

@ Sofitel Brussels Europe,
Place Jourdan 1, 1040 Brussels

With the EU elections coming up, it is the perfect time to engage in a collective reflection on the future of the EU tax system. This conference will bring together tax experts and EU officials to explore what the tax policies under the next European Commission should look like, as well as the future perspectives for tax advisers in the European Union. On this occasion, ETAF will also present its manifesto for the EU elections outlining several core demands to the next European Parliament and European Commission to ensure that the EU tax system is simpler, rationalised and future-proof.

Programme:

13:00 - Welcome coffee

13:30 - Introductory speech and presentation of ETAF manifesto by ETAF President, **Philippe Arraou**

13:45 - Panel discussion 1: Which tax policies under the next European Commission?

- **Benjamin Angel**, Director Direct taxation, Tax coordination, Economic analysis and Evaluation at the DG TAXUD of the European Commission
- **Panayiotis Nicolaides**, Director of Research of the EU Tax Observatory
- **Bart Van Coile**, President of the Belgian Institute for Tax Advisors and Accountants (ITAA)

Moderator: **Elodie Lamer**, Tax journalist at Tax Notes

14:55 - Panel discussion 2: Future perspectives for the tax advisers in the EU

- **Pascal Saint-Amans**, Former Director of the OECD CTPA, Non-resident fellow at Bruegel, Partner at Brunswick
- **Sean Bray**, Director of European Policy of Tax Foundation Europe
- **Florin Toma**, Expert accountant and Member of the Body of Expert and Licensed Accountants of Romania (CECCAR)

Moderator: **Jacomien van den Hurk**, Director EU Public and Regulatory Affairs at PwC

15:55 - Concluding remarks by Philippe Arraou

16:00 - Small reception

MORE SPEAKERS TO BE ANNOUNCED SOON!

Simultaneous interpretation EN-DE-RO
The conference will also be livestreamed

European Tax Adviser Federation AISBL – ETAF
Rue Montoyer 25, 1000 Brussels | Belgium
Phone: +32 2 2350-105 | email: info@etaf.tax | www.etaf.tax

Haftungsausschluss

Der Newsletter enthält Informationen über europäische Steuerpolitik und Entwicklungen, die aus offiziellen Dokumenten, Anhörungen, Konferenzen und der Presse stammen. Er spiegelt weder die offizielle Position der ETAF wider noch sollte er als schriftliche Erklärung im Namen der ETAF verstanden werden.

Hinweis

Die Übersetzung des englischen Originaltexts erfolgt maschinell. Der DStV steht nicht für die Richtigkeit der Übersetzung ein. Der Originaltext findet sich unter: News - European Tax Adviser Federation (etaf.tax)